

termachen. Adenauer hat die Westbindung hinterlassen, Kohl die Einheit, Schröder die Reform des Wirtschaftsstandortes. Aber was wird von Merksels Flüchtlingspolitik bleiben?

Merkel hat vielen Menschen, die in einer verzweiferten Lage waren, eine Heimat geboten. Über 300 000 Syrer nahm Deutschland im vergangenen Jahr auf, und diesen Akt der Humanität hätte es ohne Merkel nicht gegeben. Aber mit der Grenzöffnung kamen auch Zehntausende Menschen ins Land, die nicht vor Krieg flohen, sondern vor allem vor der prekären wirtschaftlichen Lage in ihrer Heimat: schät-

zungsweise 70 000 Albaner, 30 000 Kosovaren, 10 000 Marokkaner. Es gibt keinen Mechanismus, der schutzbedürftigen Menschen einen legalen Weg nach Europa ebnet.

Vor allem das Gefühl des Kontrollverlusts treibt der AfD die Wähler in die Arme. Vor einem Jahr lag die Partei in Umfragen am Boden. Nach einer aktuellen Umfrage von TNS Forschung können sich nun 21 Prozent der Deutschen vorstellen, bei der nächsten Bundestagswahl die AfD zu wählen.

Bei der AfD-Wahlparty am vergangenen Sonntag in Schwerin bedankte sich der thü-

ringische Landeschef Björn Höcke höhnisch bei Merkel: „Jeder von uns weiß, dass natürlich hier in Mecklenburg-Vorpommern über die desaströse Politik der Kanzlerdiktatorin in Berlin abgestimmt worden ist“, rief er. Darauf erhoben sich Sprechchöre: „Merkel muss weg, Merkel muss weg.“

Für AfD-Chefin Frauke Petry ist Merkel die Hassfigur, an der sich die ganze Partei aufrichtet. Keine andere Person ruft so viel Wut hervor. Schon der Parteiname „Alternative für Deutschland“ war eine Reaktion auf Merkel, die ihre Europolitik einmal „alternativlos“ genannt hatte. Inzwischen könnte sich die AfD auch AMP nennen,

„Nischt is' passiert“

Mecklenburg-Vorpommern Zwei Drittel aller Stimmen für AfD und NPD – in keinem Ort haben Bürger so extrem rechts gewählt wie in Blesewitz. Warum?

Diese Woche fragten deutsche Medien: „Kann man noch Urlaub auf Usedom machen?“ Die AfD war bei der Landtagswahl am Sonntag in den meisten Gemeinden auf der Insel auf über 30 Prozent gekommen. Dabei liegt die größte Hochburg der Rechtspopulisten eigentlich 20 Kilometer weiter westlich. In der kleinen Gemeinde Blesewitz stimmten 48,2 Prozent für die AfD und 17,3 Prozent für die NPD, insgesamt zwei Drittel der Wähler. Die SPD kam gerade noch auf sechs Stimmen (5,5 Prozent), die CDU auf zehn (9,1). Aber hier will sowieso niemand Urlaub machen.

In dem winzigen Ort in Vorpommern gibt es: 230 Einwohner, eine Dorfstraße, Maisfelder, Windräder, einen Fußballplatz, eine zum Bürgerhaus umfunktionierte Kirche und einen riesigen Betonkasten mit eingeschlagenen Fenstern, der, bevor er sozialistisch umgebaut wurde, ein Rittergut war.

Was es hier nicht gibt: einen Kindergarten, eine Schule, einen Laden, ein Unternehmen, Handyempfang, geteerte Straßen; bloß Betonplatten, aus denen Eisenhaken herausstehen, die die Autos zerstören.

Die Mehrheit im Dorf wählte rechts, wie konnte es dazu kommen?

Die einfache Antwort lautet: Merkel und ihre Flüchtlingspolitik sind schuld, die AfD ist die einzige Alternative. So sieht das eine ehemalige Buchhalterin, 66, mit braun gefärbtem Bob. Sie pflegt

ihren Vater in Blesewitz, wohnt aber selbst in Anklam, das in einem Wahlbezirk liegt, wo die AfD den Christdemokraten das Direktmandat abgejagt hat. Zum ersten Mal, sagt sie, habe sie nicht die CDU, sondern die AfD gewählt – weil sie große Angst habe, „dass das deutsche Volk ausgetauscht wird“. Sie hört gar nicht mehr auf zu reden, aber ihren Namen will sie nicht nennen.

Ob sie einen Muslim kenne? Nein, „zum Glück nicht“. Sie habe Merkel schon vier Briefe geschrieben, weil sie so enttäuscht sei. Früher habe sie Gänsehaut bekommen, wenn die Kanzlerin geredet habe, die sei ja schließlich „eine Frau von hier“. „Aber was die Merkel tut, das hat noch nicht mal Hitler seinem Volk angetan“, sagt sie und hält sich im nächsten Moment die Hand vor den Mund.

Einmal scheint es, als kämen ihr gleich die Tränen, so aufgelöst ist sie. Die Rentnerin erinnert an eine religiöse Eiferin, eine Bekehrte, deren Bibel Udo Ulfkottes „Mekka Deutschland“ und das säuberlich im Ordner abgeheftete AfD-Parteiprogramm sind. Im Juni ist sie aus der Kirche ausgetreten, weil sie sich dort nicht mehr vertreten fühlte. Als sie weitergeht, sagt ein Nachbar, der sich dazugesellt hat: „Hätte gar nicht gedacht, dass die so drauf ist.“

Aber ist die Angst vor den Flüchtlingen wirklich der Grund dafür, dass sich nur noch eine Minderheit der Wähler von den Volksparteien vertreten fühlt?

Jeden Mittwoch treffen sich die Männer zum Fußballspielen, nach dem Training gibt es Berliner Pilsner und Bockwurst mit Senf. Diesmal ist Bürgermeister Frank Zibell dabei, der Schreiner Holger, der Unternehmer Atze und der Maurer Sebastian. Sind die Leute hier ausländerfeindlich? „Leute mit Kopftuch und Moscheen will hier keiner“, sagt Sebastian, und die anderen grummeln zustimmend. „Aber die Wahrheit ist auch: Es gibt hier keinen einzigen Ausländer.“ Keine Türken, keine Italiener, keine Polen.

Bei der letzten Landtagswahl 2011 stimmten in Blesewitz 28,9 Prozent für die rechtsextreme NPD, 2006 waren es sogar 32,2 Prozent. Der Verfassungsschutzbericht führte Blesewitz schon als eine der NPD-Hochburgen Mecklenburg-Vorpommerns. Doch für den ehrenamtlichen Bürgermeister Zibell, 57, hat das mit rechter Gesinnung nichts zu tun. Die rechtsextreme Partei werde „aus Frust über die eigene Lebenssituation und über die großen Parteien“ gewählt, behauptet Zibell.

So sehen Lebenssituationen in Blesewitz aus: Holger arbeitet seit knapp 30 Jahren als Schreiner beim selben Unternehmen, seit der Mindestlohn eingeführt wurde für immerhin 8,50 Euro die Stunde. Das letzte Mal im Urlaub war er 1993 in der Tschechischen Republik.

Atze hat vor drei Wochen Insolvenz angemeldet, angeblich weil sein Handelspartner in Polen vergessen hat, Steuern zu zahlen. Sein Tischnachbar ist Zeitsoldat, früher hat er als Fleische-



„Anti-Merkel-Partei“. Merkel mobilisiert zurzeit weniger die eigenen Wähler als ihre Gegner.

In Europa ist Merkels Einfluss geschrumpft, und das, obwohl die deutsche Wirtschaft brummt und die Briten bald nicht mehr dabei sind. Mit Merkels Flüchtlingspolitik ist Deutschland in eine Außen-seiterrolle geraten.

Am kommenden Freitag wird Merkel die neuen Verhältnisse beim EU-Sondergipfel in slowakischen Bratislava zu spüren bekommen. Europa braucht dringend ein funktionierendes System für die Aufnahme von Flüchtlingen. Aber Merkel hat

Der Euro-Stabilitätspakt, einst von Deutschland durchgesetzt, ist nur noch eine Ruine.

mit ihrer unkontrollierten Grenzöffnung die meisten Partner vor den Kopf gestoßen, und nun ist ein sinnvoller Kompromiss kaum noch möglich.

Die deutsche Kanzlerin hat die Bereitschaft der Nachbarstaaten überschätzt, die Lasten, die ihre Politik der offenen Grenzen mit sich brachte, solidarisch zu teilen.

Gleichzeitig setzte sie ihre Amtskollegen einem wachsenden innenpolitischen Druck aus. Die Bilder von Flüchtlingstrecks und -lagern haben dafür gesorgt, dass populistische Strömungen und Parteien auf dem ganzen Kontinent neuen Aufwind erhielten.

Frankreichs Präsident Hollande starrt angsterfüllt auf die Wahlen im kommenden Frühjahr und den drohenden Aufstieg von Marine Le Pen mit dem Front National. In Großbritannien wurde die Flüchtlingskrise von vielen als selbst verschuldetes Problem wahrgenommen, das die deutsche Kanzlerin dem Kontinent eingebracht hat. Das Brexit-

reifachverkäufer fünf Euro die Stunde verdient. Nächstes Jahr will er eine Lehre bei der Müllabfuhr in Greifswald machen. Das größte Problem ist aber ein anderes: die Frauen. Oder eher: die nicht vorhandenen Frauen. Die zögen immer dorthin, wo es Arbeit gibt, weil sie „karriereorientiert“ seien, sagt der Zeitsoldat. Und die Männer? „Weniger.“ Niemand widerspricht.

Auch der Bürgermeister ist frustriert. Die Gemeinde ist so klamm, dass es gerade für Streusalz im Winter und Licht bis 22 Uhr reicht, dann ist das Budget aufgebraucht. Er hat Fördergelder beantragt, damit sie endlich WLAN kriegen, aber die Leitung ist immer noch so schlecht, dass er zur A 20 fahren muss, wenn er größere Datenmengen übertragen will. Wen er gewählt hat, will Zibell nicht sagen, er lobt aber auffällig oft Kanzlerin Merkel.

Er selbst hat mit Helfern am Wahlabend die Stimmen ausgezählt. Als der Stapel der AfD-Stimmen immer höher wuchs, war er erschrocken. Mit so viel Protest habe er nicht gerechnet. Die Wahlbeteiligung lag bei 56,1 Prozent, zehn Prozentpunkte höher als beim letzten Mal. Was ist in den letzten fünf Jahren passiert?

„Nischt is' passiert!“, regt sich Karl-Heinz Thielke auf. „Nischt außer WLAN. Das is' es ja.“ Thielke, 74, ist eine Art Dorfältester in Blesewitz. Er wohnt im Pfarrhaus, dort trifft man ihn auf einer Bank im Garten. In den Neunzigerjahren war er mal Zweiter Bürgermeister, hauptberuflich hat er als Seelsorger und Suchttherapeut gearbeitet. Er hatte gut zu tun, der Alkoholkonsum in Blesewitz sei hoch. „Was sollen die

Leute auch machen, außer saufen und sich prügeln?“, sagt Thielke.

Er beschreibt sich selbst als „Steher“ und pragmatischen Mann. Zu DDR-Zeiten habe er den Leuten geraten, die SED zu wählen, um nicht im Knast zu landen.

Am Sonntag hat der früher treue CDU-Wähler für die AfD gestimmt – obwohl er angeblich nichts von den rechten Parolen hält und dem gesamten Parteivorstand die Führungsqualität abspricht.



Straße aus Betonplatten in Blesewitz

Das Budget reicht nur für Streusalz und Licht bis 22 Uhr

„Ich will mir Gehör verschaffen“, sagt Thielke, anders gehe das nicht mehr. Die Einzigen, die noch Geld verdienen, seien die Pflegedienste, die sich um die ganzen Alten kümmern. Und diejenigen, die ihr Land an die Windbarone verpachteten. Schlimm sei es für die, die in der Nähe der Windräder wohnen müssten.

Einen Windpark gibt es schon, von der Dorfstraße aus kann man ihn gut sehen. Weil er um acht Windkraftanlagen erweitert werden sollte, gründeten sie eine Bürgerinitiative. Tausende Bürger aus der Umgebung unterschrieben, doch vergebens: Die Windräder kommen. Für Thielke der Beweis, dass die Bürger nicht mehr gehört werden. Und seine Erklärung für den Erfolg der AfD.

Er hoffe, sagt er, dass die AfD-Politiker nun so „stän-kern“ wie einst die Grünen. Die seien doch auch am Anfang radikaler gewesen, und jetzt würden sich die Parteien bei der Regierungsbildung um sie reißen. Hätten die Grünen damals alles umgesetzt, wo würden wir heute leben? „Im Hipie-Deutschland“, antwortet Thielke. Und wenn die AfD jetzt alle Forderungen durchsetzen könnte? Auf einmal weicht Thielke aus und erzählt vom AfD-Direktkandidaten für den Kreis Vorpommern-Greifswald II, Matthias Manthei. Den kenne er persönlich. Der sei aus gutem Hause, sein Vater war Tierarzt im Dorf nebenan, Manthei selbst sei Richter und sicher kein Nazi. Vorsichtshalber habe er ihn gleich nach der Wahl gewarnt: „Jetzt müsst ihr aber auch liefern.“

Laura Backes